NACHRICHTEN
Österreich
27. Mai 2025

Bombendrohungen an 50 Schulen: Polizei im Großeinsatz!

Bombendrohungen an 50 Schulen in Österreich: Polizei evakuiert, ermittelt auf Hochtouren. Mehrjährige Haftstrafen drohen.

Österreich - In den letzten vier Tagen wurden in ganz Österreich Bombendrohungen an insgesamt 50 Schulen gemeldet. Diese Drohungen, die per E-Mail übermittelt wurden, haben landesweit zu erheblichen Besorgnissen und unmittelbaren Maßnahmen geführt. Die Polizei bewertet die Drohungen ernsthaft und hat bereits zahlreiche Schulen evakuiert sowie umfassende Durchsuchungen durchgeführt. Trotz dieser Maßnahmen wurden bisher keine Sprengstoffe oder gefährlichen Gegenstände gefunden. Kerstin Mitterhuber, Sprecherin des Innenministeriums, teilte mit: „Gefunden wurde nichts, es gibt derzeit keinen Hinweis auf Gefährdung.“ Die zuständige Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) ist in vollem Umfang mit den Ermittlungen beschäftigt, um die

Urheber dieser Drohungen zu identifizieren.

Die rechtlichen Konsequenzen für die Täter könnten erheblich sein. Nach österreichischem Recht sind Bombendrohungen strafbar, und sie drohen mehrjährige Haftstrafen. Zudem können zivilrechtliche Folgen, wie beispielsweise Schadenersatzforderungen aufgrund der durchgeführten Räumungen, auf die Verantwortlichen zukommen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Informationen die Ermittlungsbehörden in den kommenden Tagen darüber herausfinden werden.

Internationale Aspekte der Drohungen

Ein alarmierendes Detail ist die internationale Dimension dieser Drohungen. Ähnliche Vorfälle wurden auch außerhalb Österreichs gemeldet, was auf ein möglicherweise koordiniertes Vorgehen oder eine gemeinsame Quelle hindeuten könnte. Diese Entwicklungen werfen Fragen zur allgemeinen Sicherheit an Schulen auf und erinnern an die Notwendigkeit einer umfassenden Sicherheitsstrategie im Bildungsbereich.

In diesem Kontext ist die Radikalisierungsprävention von großer Bedeutung. Schulen spielen eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit, da sie über Jahre hinweg alle jungen Menschen erreichen können. Insbesondere seit 2014, ausgelöst durch den Bürgerkrieg in Syrien und das Aufkommen extremistischer Bewegungen, haben sich die Angebote zur Radikalisierungsprävention verstärkt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, extremistischen Ideologien frühzeitig entgegenzuwirken und potenzielle Problemlagen zu identifizieren. Dabei ist eine klare Zielsetzung entscheidend, um Stigmatisierungen zu vermeiden und das Vertrauen von Kindern und Eltern zu gewinnen.

Die erfolgreiche Präventionsarbeit setzt Fachkompetenz und personelle Ressourcen voraus, um alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen und gezielt auf belastete Lebenssituationen einzugehen. Primäre Prävention soll

erwünschte Haltungen fördern, während sekundäre und tertiäre Ansätze bereits radikalisierte Personen und deren Unterstützungsbedarf berücksichtigen. Die Weiterentwicklung dieser Strategien ist unerlässlich, um den Herausforderungen einer komplexen Gesellschaft gerecht zu werden und die Sicherheit in Schulen zu gewährleisten.

Es bleibt zu hoffen, dass die aktuellen Ermittlungen rasch Klarheit über die Hintergründe der Bombendrohungen bringen und die Sicherheit an den betroffenen Schulen wiederhergestellt werden kann.

Weitere Informationen finden Sie in den Artikeln von **5min** und **bpb**.

Details	
Vorfall	Bombendrohungen
Ort	Österreich
Quellen	• **www.5min.at** • **www.bpb.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at